

Kongress über die politische Rolle von Religionen für das Projekt Europa

Unter dem Motto „Rethinking Europe with(out) Religion“ holte die Forschungsplattform „Religion and Transformation in Contemporary European Society“ (RaT) der Universität Wien internationale Experten aus Philosophie, Religionssoziologie, Politikwissenschaft und Theologie von 20. bis 23. Februar 2013 zu einem Kongress ins Wiener Juridicum. Der weltweit prominenteste zeitgenössische Philosoph, Jürgen Habermas und vielfach ausgezeichnete Denker des kommunikativen Handelns, der zum Verhältnis von Vernunft und Glaube ein schon legendäres Streitgespräch mit Papst Benedikt XVI. führte, war der Überraschungsgast dieses Kongresses.

Rolle der „Religion im pluralistischen Europa“

„Europa ohne Religion ist weder denkbar noch wünschenswert“: Mit dieser pointierten Überzeugung schloss der in Chicago lehrende deutsche Religionssoziologe Martin Riesebrodt seinen Eröffnungsvortrag zur Frage, welche Leistungen und Funktionen die Religionen für das Projekt Europa erbringen können. Europa gehöre nicht der Religion, könne also nicht von religiösen Gemeinschaften und deren Wahrheitsansprüchen beschlagnahmt werden. Umgekehrt gelte jedoch, dass die „Religionen zu Europa gehören“, weil der aktive Schutz, und nicht bloß die Duldung von weltanschaulicher und Religionsfreiheit als fundamentales Menschenrecht zum Kernbestand des europäischen Wertekanons gehöre.

Europa war nie homogen

Das moderne Europa ist laut Riesebrodt nicht auf eine - religiös begründete oder geschichtlich greifbare - Idee zurückzuführen, sondern als in sich heterogenes Projekt zu begreifen, das im 20. Jahrhundert aus den Erfahrungen zweier Weltkriege, dem Holocaust und dem Gulag, der Diskrepanz zwischen menschenrechtlichen Ansprüchen und der faktisch aufgetretenen Barbarei allererst geschaffen worden sei. Einem Verweis auf religiöse Traditionen, erst recht einem Gottesbezug in der europäischen Verfassung steht Riesebrodt entsprechend skeptisch gegenüber. Ein solcher Bezug würde weite Kreise der europäischen Bevölkerung

ausschließen, sei „kein Beitrag zur Integration, sondern würde nur einen Kulturkampf schüren.“

Dennoch ortet Riesebrodt eine gleichermaßen „steigende Akzeptanz des Religiösen im öffentlichen Raum“, was etwa durch „pragmatische Allianzen“ zwischen religiös und nicht religiös motivierten Menschen zu ethischen Fragen zum Ausdruck komme. Wenn die einen den Kampf gegen Atomnutzungsgefahren Bewahrung der Schöpfung nennen würden, heiße es bei anderen Umweltschutz. Überhaupt könne Europa seine Identität vom Begriff der „Zivilreligion“ gewinnen, nämlich von jenem „säkularen Religionsbegriff“, der die Achtung von Menschenwürde, Gleichheit, Freiheit und Rechtssicherheit als etwas Unantastbares und „Heiliges“ begreife. Genau dies komme auch im Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE) zum Ausdruck.

Für Habermas können Religionen eine Motivationsquelle für die Inklusion von Minderheiten und die Entfaltung einer politischen Kultur sein. Werte wie Solidarität seien rechtlich nicht erzwingbar, fänden jedoch in Religionen eine inspirierende Kraft und semantische Potenziale.

Glaube und Vernunft lernen voneinander

Religiöser Glaube und öffentliche Vernunft stehen in der „postsäkularen Gesellschaft“ in einem notwendigen Lernprozess zueinander, müssen wechselseitig aufeinander hören und einander ernstnehmen: Diese grundlegende Überzeugung des Philosophen Jürgen Habermas, bildete jene Hintergrundfolie, auf dem sich sämtliche Denkmodelle und Diskussionsbeiträge am ersten Ganztagestermin bewegten. Dass die Säkularisierung kein bloßes Verschwinden und „Verdampfen“ von Religion, sondern dessen - gesellschaftspolitische - Veränderung bedeutet, wurde auch vom Frankfurter Philosophen Thomas Schmidt hervorgehoben.

Wie können religiöse und nichtreligiöse Menschen überhaupt fruchtbringend miteinander im öffentlichen Diskurs ins Gespräch kommen? Welchen Beitrag können Religionen für den Prozess der politischen Willensbildung leisten? Oder noch zugespitzter: Haben religiöse Überzeugungen über-



haupt etwas verloren in der demokratiapolitischen Arena des Argumentierens, des Diskutierens und Suchens nach gemeinsamen Entscheidungen? Ja das haben sie, sagt Jürgen Habermas, weil Religionen gerade

angesichts der Tendenzen einer entgleisenden Modernisierung und der Gefahr der Verdinglichung des Menschen eine wichtige Deutungs- und Motivationsressource für ein humanes, wahrhaft menschenwürdiges Dasein sein können.

In der „postsäkularen Gesellschaft“ - ein von Habermas selbst in die öffentliche Debatte geworfener Begriff - verschwinden Religionen nicht einfach von der öffentlichen Bildfläche. Ebenso wenig könne heutzutage plakativ vom „Fest der Wiederauferstehung der Religionen“ die Rede sein, wie Thomas Schmidt in seinem Kongressbeitrag erläuterte. Vielmehr sei die aktuelle Gesellschaft durch das unauflösliche Spannungsverhältnis zwischen dem säkularem bzw. nichtreligiösem und dem religiösen Teil gekennzeichnet: beide beziehen sich aufeinander und der „Ort, an dem sich beide ihres Verhältnisses zueinander bewusst werden, ist die politische Öffentlichkeit“, so Schmidt. Und an diesem Ort gilt die Kraft des besseren Arguments.

„Bibelzitate sind kein Argument“

In der postsäkularen Gesellschaft kann zumindest die Möglichkeit vernünftiger Aspekte von Religionen nicht einfach ausgeschaltet werden. Vielmehr müssten - Habermas folgend - auch religiös motivierte Standpunkte gehört, im öffentlichen Diskurs beachtet und vom säkularen Teil der Gesellschaft mit Offenheit und Lernbereitschaft aufgenommen werden. Umgekehrt müssten religiöse Bürger ihre Überzeugungen in eine Sprache übersetzen, die auch für nichtreligiöse Personen verständlich seien. Gerade innerhalb von Gesetzgebung, Gerichtsbarkeit und staatlicher Verwaltung sind „Bibelzitate als solche keine Argumente, die Akzeptanz beanspruchen können. Vielmehr

müssen religiöse Motive erst in eine säkulare Form des Begründens transformiert werden“.

Worum es dem weltbekannten Philosophen, der sich seit Jahren auf dieses Thema fokussiert, hier geht, ist alles andere als eine bloß „abstrakte“ Gedankenspielerei. Es geht um nichts weniger als die von Habermas gesehene Gefahr einer Erschütterung des Prinzips menschlicher Selbstbestimmung. Ufern etwa die Möglichkeiten der Biowissenschaften durch Manipulationen an der genetischen Ausstattung des Menschen aus, werde auch der Rubikon der Humanität, der menschlichen Autonomie und Würde überschritten. Religionen seien eine wichtige Quelle, um Bedeutungs- und Motivationszusammenhänge gegen eine Dehumanisierung bereitzustellen. Sie könnten ein wichtiges Schutzschild gegen die Naturalisierung des Menschen sein, vorausgesetzt sie fügen sich den Grundlagen von Freiheit und Gleichheit des modernen Verfassungsstaates.

Religion schärft Differenzbewusstsein

Der Religionsphilosoph Thomas Schmidt ging noch einen Schritt weiter. Religionen würden heute nicht bloß und nicht mehr primär eine Sinngebende Einbettung für Moralvorstellungen schaffen. Sie seien vielmehr „das Bewusstsein von Differenz zu jenen Vernunftbegriffen, die ihre Legitimität nur aus sich selbst zu schöpfen vermeinen“, sagte Schmidt.

Religionen könnten und sollten sich nicht als eine Art „Reparaturbetrieb der Moderne“ sehen, indem sie die modernen Zersplitterungen und Unübersichtlichkeiten durch eine große Einheitserzählung zu übertünchen und die etwa ökologischen Schattenseiten des Fortschritts zu korrigieren versuchen. Vielmehr müssten sie sich einer Einheitsideologie entgegenstellen und den Wert der Differenz, des Andersseins herausarbeiten. Die Leistung der Religion sei es gerade aufzuzeigen, dass der Mensch in keine festen Bestimmtheiten und Fixierungen aufgehe. Dann würde man auch die „Haltung eines misstrauischen Belauerns, eines wechselseitigen Sich-Verdächtigens von religiösen und nichtreligiösen Standpunkten, wie dies etwa die Beschneidungsdebatte dominiert hat, vermeiden.